

Die Etappen der geschichtlichen Entwicklung der DDR bezogen auf die Wirtschaft

1. Einleitung
2. Aufbau des Sozialismus – Sowjetisierung (1949-61)
 - 2.1. Zentralismus
 - 2.2. Verstaatlichung und Kollektivierung
 - 2.4. Planwirtschaft
 - 2.5. Unzufriedenheiten in Bevölkerung
3. Reformen und innere Festigung (1962-71)
 - 3.1. Reform der Planwirtschaft (NÖSPL)
 - 3.2. Mobilisierung von Arbeitskräften
 - 3.3. Derzeitige Situation in der Bevölkerung
4. Konzept der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ (1971-75)
5. Systemkrise und Niedergang (1975-1989)
 - 5.1. Realität der Planwirtschaft
 - 5.2. Innenpolitische Krisen
 - 5.3. Ökonomische Krisen
 - 5.4. Folgen der sowjetischen Reformpolitik
6. Zerfall der DDR

Mit dem Gründen der sowjetischen Besatzungszone begann schon 1946 die „Sowjetisierung“ des Gebietes, in dem im Dezember 1947 die Deutsche Demokratische Republik gegründet wurde. Dieser Prozess bedeutete den Umbau des Staates, der Gesellschaft und der Wirtschaft nach dem Vorbild der Sowjetunion. Dabei war, wie die SED am Juli 1952 in der zweiten Parteikonferenz verkündete, das oberste Ziel der „Aufbau des Sozialismus“. Die Idee dieses System stammt von Karl Marx und Friedrich Engels. Dabei ist es die Aufgabe der Arbeiterklasse die Produktionsmittel in ihren Besitz zu überführen und zu verwalten, dass die Ergebnisse der Produktion allen in gleicher Weise zugute kommen und der Aufbau einer klassenlosen Gesellschaft von statten geht. Dies soll mithilfe des von der Partei der Arbeiterklasse beherrschten Staates geschehen. Davon abgeleitet lassen sich drei Grundpfeiler des Sozialismus aufstellen. Als erstes wird die Wirtschaftspolitik dem politischen Ziel, der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft und des Kommunismus, untergeordnet. Dann sollen die Produktionsmittel vom privaten in staatlichen Besitz überführt werden (Verstaatlichung) und danach die Wirtschaftsprozesse durch zentrale staatliche Planungsinstanzen geleitet und koordiniert werden (Planwirtschaft).

Somit ist ein wichtiger Bestandteil die Zentralisierung des Staates. Diese Idee stammt von Lenin und wurde 1945 noch nicht aufgegriffen, sondern forderte damals nur einen antifaschistisch-demokratisches Regime. Doch mit dem Kalten Krieg verhärteten sich die Fronten und man fasste, am 1949 in der ersten Parteikonferenz, den Beschluss der

Umformung der SED in eine „Partei neuen Typs“ nach Vorbild der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU). Dabei wurde der demokratische Zentralismus zum Organisationsprinzip erhoben. Dessen Grundsätze waren die Wählbarkeit der Leitung, Parteidisziplin, Pflicht zur Kritik und Selbstkritik und die Unzulässigkeit von Fraktionsbildung. Übertragen auf die SED als führende Partei in der DDR bedeutete das, dass die Parteiorgane von unten nach oben demokratisch gewählt wurden, die gewählten Organe regelmäßig vor den Wählern Bericht erstatten mussten, Beschlüsse höherer Parteiorgane für Nachgeordnete verbindlich waren, eine straffe Parteidisziplin Pflicht war und Minderheiten und Einzelne sich den Beschlüssen der Mehrheit diszipliniert unterordnen mussten. Dazu kommt noch, dass Mitglieder der SED verpflichtet waren die Partei vor feindlichen Einflüssen zu schützen. Damit kam es später zu Fraktionsverboten und Wachsamkeitsgeboten, welche an sich die demokratischen Komponenten des demokratischen Zentralismus, wie Wählbarkeit und Rechenschaftspflicht, außer Kraft setzten. Nach und nach entwickelte sich eine uneingeschränkte Weisungsbefugnis der zentralen Parteiorgane der SED, welches das Zentralkomitee und das Politbüro waren. Mit der Verfassung von 1968/74 wurde die Vormachtstellung der SED gesichert und der Zentralismus zum „tragenden Prinzip des Staatsaufbaus“ ernannt. Somit erkennt man, dass der demokratische Zentralismus, welcher theoretisch die Gesellschaft unter zentraler Leitung stellt, aber auf einer breiten demokratischen Willensbildung basiert, praktisch in der DDR die SED, Massenorganisationen und den Staat zu extrem zentralistisch organisierten Organen macht mit minimalen Spielräumen der untergeordneten Instanzen.

Ein weiteres Ziel war die Verstaatlichung und Kollektivierung der Wirtschaft. So machten Ende der 1950er 90% der Industrieproduktion die Volkseigenen Betriebe aus. Dies gelang unter anderem durch die Kollektivierung der Landwirtschaft ab 1952. Dabei sollten sich Kleinbauern zu Genossenschaften zusammenschließen. Denn durch eine rentable Betriebsgröße sollte eine Erhöhung der Produktivität stattfinden. Jedoch widersetzten sich viele Bauern dieser Entscheidung und so kam es 1958 zu Verschärfungen. Nun wurden sie durch Pressuren und Verhaftung gezwungen in „Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften“ einzutreten. Und so stammten 1960 90% der hergestellten landwirtschaftlichen Produkte aus LPGs.

Insgesamt dauerte der wirtschaftliche Wiederaufbau dennoch länger als in der BRD. Denn es waren keine Wiederaufbaukredite vorhanden. Stattdessen gab es sowjetische Demonstrationen und Reparationszahlungen. Um die Wirtschaft aber anzukurbeln wurde nach sowjetischen Vorbild die sozialistische Planwirtschaft eingeführt. Dabei wurde die zentrale

Leitung und Koordination des Wirtschaftsprozesses von der „staatlichen Plankommission“ vorgenommen. Diese erstellte einen Wirtschaftsplan als zirkulären Prozess. Die unteren Produktionsebenen meldeten Informationen über Produktionsmenge, Lagerbestände, Arbeitskräfte u.a. an die höhere Planungsbehörde. Dort werden die Produktionsziele nach den Vorgaben der politischen Führung festgelegt und den unteren Produktionsebenen übermittelt. Deren Meldungen über die tatsächliche Produktion diente dann zur Überwachung der Planerfüllung. Ziel war dabei immer alle Produktionsmittel und Vorprodukte so einzusetzen, dass auf möglichst effektive Weise die Zielvorgaben erreicht wurden. Bei Planerfüllung oder Ziel wenn das Ziel sogar übertroffen wurde, gab es Belobigungen und Vergünstigungen. Wenn das Gegenteil aber der Fall war, gab es Sanktionen. Mit dieser Theorie wurde dann 1950 der erste Fünf-Jahres-Plan eingeführt. Dieser sah vor, dass alle möglichen Ressourcen zum Aufbau der Schwerindustrie verwendet wurden. Durch die wissenschaftlich-technischen Kompetenzen in der Bevölkerung kam es zu beachtlichen Erfolgen in den 1950er Jahren. So stieg die Produktion der Schwerindustrie um durchschnittliche 10% pro Jahr und übertraf 1955 das Vorkriegsniveau.

Jedoch brachte das neue System nur einen einseitigen Aufschwung, denn die Konsumgüterindustrie und der Wohnungsbau wurde stark vernachlässigt. Auch die Arbeitsnorm für Arbeiter und die Preise für Konsumgüter wurden erhöht. Dazu kam noch die Zunahme der Einschränkungen der persönlichen Freiheiten, sowie der Einengung des Spielraumes der evangelischen Kirche, ein verschärfter politischer Druck, besonders bei der Zwangskollektivierung, die hohe Arbeitsnorm und der Konsummangel. Es kam zu einer wachsenden Unzufriedenheit in der Bevölkerung, welche eine Stimmung der Niedergeschlagenheit und Resignation hervorrief. Dieses Gefühl wurde durch den ständigen Vergleich mit der BRD noch verstärkt. Dadurch verließen viele ausgebildete und junge Leute die DDR. So zogen von 1949 bis zum August 1961 drei Millionen Menschen aus der Republik. Außerdem gab es Proteste, wie der Bauarbeiterstreik in Ost-Berlin am 16./17. Juni 1953, der sich schnell zu anderen Industriestädten verbreitete und am Ende durch den Einsatz von sowjetischen Panzern niedergeschlagen wurde. Als Folge wurde einerseits die Stasi ausgebaut und andererseits wurde das Tempo des Ausbaus der Schwerindustrie verringert und die Versorgungslage der Bevölkerung etwas verbessert. Ebenfalls verzichtete die UdSSR auf weitere Reparationszahlungen. Trotz dessen reisten viele mehr aus der DDR aus. Daraufhin wurde am 13. August 1961 die Mauer gebaut - offiziell als Schutz vor Provokateuren und Agenten, doch eigentlich diente sie nur dazu weitere Abwanderungen zu verhindern.

Zwischen 1962 und 1971 war die Zeit der Reformen und inneren Festigung. Nun war eine plan-mäßige Modernisierung der Wirtschaft Ziel des Staates. Die Produktion sollte effektiver werden und es sollte eine sozialistische Leistungsgesellschaft entstehen. Die Reformen beinhalteten drei Elemente. Zum einen die Umstrukturierung der Planwirtschaft, als zweites den Ausbau des Bildungssystems und die Mobilisierung von Arbeitskraftreserven.

Zur Verbesserung der Wirtschaft wurde am 15.7.1936 das „Neue Ökonomische System der Planung und Leitung“ (NÖSPL) eingeführt. Dies sah eine Dezentralisierung der Planungs- und Leitungsvorgänge vor, sowie eine stärkere Beteiligung jüngerer Fachleute an ökonomische Entscheidungen und die Einführung mehr leistungsbezogener Elemente in die Entlohnung. Jedoch wurde das System ab 1968 aufgrund von Beschwerden älterer Parteikadern der SED wieder mehr zentralisiert.

Zur Mobilisierung von mehr Arbeitskräften gab es zum einen 1965 die Bildungsreform „Gesetz über das einheitliche Bildungssystem“. Mathematisch-naturwissenschaftlich-technische Fächer bekamen einen hohen Stellenwert und die „allgemeinbildende polytechnische Oberschule“ führte in die Grundlagen der Produktionstechniken ein. Zum anderen versprach man sich auch durch Reformen in der Familien- und Frauenpolitik mehr Arbeiter. So waren mehr Frauen in der DDR berufstätig als in der BRD und 1960 waren 70% der Frauen im entsprechenden Alter berufstätig – mit steigender Tendenz. Eine fundierte Berufsausbildung und ein sicherer Arbeitsplatz spielten für die Emanzipation der Frau eine entscheidende Rolle.

Diese Modernisierungen brachten eine Steigerung der Produktivität in der Wirtschaft, welche sogar über jener der sozialistischen Nachbarstaaten lag. Es nahmen die Konsummöglichkeiten und der Wohlstand der Bevölkerung zu. NÖSPL brachte neue Aufstiegsmöglichkeiten und erhöhte die soziale Mobilität. Trotz all dem gab es eine gespaltene Stimmung in der Bevölkerung. Die einen haben sich nach dem Mauerbau gezwungenermaßen mit dem System abgefunden und versuchten, sich zu arrangieren und andere entwickelten eine „Acht-Stunden-Ideologie“: Auf Arbeit und in der Schule sagte man das, was gehört werden wollte und im privaten Raum lebte man „richtig“. Diese Verhaltensspaltung war weit verbreitet. Dazu kam noch, dass es an politischem Engagement fehlte, da es keine freie politische Meinungsäußerung gab.

Von 1971 bis 1975 hatte die DDR einige wirtschaftliche Erfolge und besaß innenpolitisch eine relative Stabilität. Dies ist durch den Machtwechsel zu der Zeit erklärbar. Der Erste Sekretär des Zentralkomitees des SED Walter Ulbricht musste am 3. Mai 1971 zurücktreten,

da er sich der Entspannungspolitik mit dem Westen widersetzte. Als Nachfolger trat Erich Honecker an seine Stelle. Durch das Berlinabkommen 1971 und den Grundlagenvertrag 1972 verbesserte sich unter Honecker der internationale Status erheblich. Er verkündete das Konzept der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“, welches die Verbesserung der alltäglichen Lebensverhältnisse als Ziel hatte. Die Politik sollte nicht primär auf ein fernes Ziel gerichtet sein, sondern den „real existierenden Sozialismus“ gestalten. Die Konsumgüterproduktion bekam Vorrang vor der Schwerindustrie. Um die dramatische Wohnungsnot zu lindern, wurde der Wohnungsbau durch „Plattenbausiedlungen“ massiv angekurbelt. Ebenfalls wurde niedrige Einkommensgruppen angehoben, Familien finanziell gefördert, Kinderkrippenplätze weiter ausgebaut und weitere sozialpolitische Begünstigungen eingeführt. Auch die Kulturpolitik war nicht mehr so streng unter Honecker, z.B. wurde westliche Musik und Mode nicht mehr verboten.

Dennoch kam es ab 1975 wieder zu Systemkrisen. So unterschied sich in der Realität die Planwirtschaft in allen Länder des Ostblocks und auch in der DDR von der Modellvorstellung. Mängel und Probleme drückten sich in abnehmenden Leistungsfähigkeit der Produktion, sinkenden Wachstumsrate und unzureichenden materiellen Wohlstand der Bevölkerung (relativ zur BRD) aus. Zum einen waren es zu hohe Anforderungen an Planungsbehörde, denn für die korrekte Bilanzierung von Millionen von Produkten fehlten Planungskapazitäten und Informationen. Aber auch eine falsche Planung der ausdifferenzierten Konsumbedürfnisse führte zu Problemen. Nach der Deckung der Grundbedürfnisse wurde es immer schwieriger die ausdifferenzierten Konsumbedürfnisse der Bevölkerung hervor zusehen. Dies führte zu Fehlplanungen und Versorgungsengpässe. Ebenfalls veränderten Arbeiter und Betriebe die nach oben gemeldete Informationen, um die Planvorgaben leichter zu erfüllen und somit an Sanktionen und Prämien zu gelangen. Dabei wurde meist auch nur auf Quantität und nicht auf Qualität geachtet.

Als Reaktion auf die sich kontinuierlich verschärfende Systemkrise wurden ab 1975 die meisten Reformen wieder zurückgenommen, da die Probleme noch weitere Ursachen in der Innenpolitik und der Ökonomie hatten. So entstanden durch die großen außen- und deutschlandpolitischen Erfolge der DDR eine innenpolitische Krise, denn in der KSZE-Schlussakte von 1975 wurde die Unverletzlichkeit der Grenzen in Europa und damit auch der innerdeutschen Grenzen unterschrieben. Aber in der Schlussakte wurden ebenfalls die Menschenrechte, wie die ungehinderte Reisemöglichkeiten, bekräftigt. Dies weckte in der Bevölkerung eine ungeahnte Sprengkraft. Doch je mehr Personen sich auf ihre Rechte beriefen, desto größer wurde die Erklärungsnot der Machthaber der DDR, welche auf

Repressionsmaßnahmen zurückgriffen. Menschenrechtsgruppen, Personen mit Kontakt zum Westen und „feindlich-negative Kräfte“ wurden wieder verstärkt überwacht und die Staatssicherheit weiter ausgebaut.

Daneben gab es auch noch die ökonomische Krise. Zwar wurde der Großteil des Energiebedarfs mit sowjetischen Gas und festgelegten Preisen gedeckt, doch war auch die DDR von den Ölpreisschocks und folgenden weltwirtschaftlichen Problemen der 70er betroffen. Außerdem wurde das Konzept Honeckers zum Teil durch Kredite finanziert, welche nur durch weitere Kredite zurück gezahlt werden konnten. Die drohende Zahlungsunfähigkeit im Jahre 1982 konnte nur durch CSU-Vorsitzenden Franz Joseph Strauß (Bayrischer Ministerpräsident) vermittelten Milliardenkredit verhindert werden. Sowjetunion selbst hatte auch enorme Wirtschaftliche Probleme und somit war keine Hilfe von deren Seite zu erwarten. Dies hatte Folgen für die Umwelt, denn es gab kein Geld für Umweltschutz. Es kam zur extensiven Ausrichtung der Industrieproduktion, besonders in Braunkohletagebau und in der Chemieindustrie, welche eine katastrophale Verwüstung der Natur und Umwelt hervorbrachte.

Die Reformpolitik in der UdSSR unter Michail Gorbatschow war ein vierter schwerwiegender Faktor. Die außenpolitische Leitlinie wurde zwar von der DDR-Führung offiziell begrüßt, jedoch lehnte sie strikt ab die innenpolitischen Reformen zu übernehmen. Als Folge kam es ab 1985 zur Abgrenzung nach beiden Seiten - im Westen das kapitalistische Ausland und im Osten die Reformpolitik des „sowjetischen Brudervolkes“. So wurden dann sogar sowjetischen Medien verboten, obwohl es über 40 Jahre hieß: „Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen“.

Nach und nach begannen die Nachbarländer, wie Polen oder die CSSR, die Reformen zu übernehmen und ließen die Grenzen zum Westen immer durchlässiger. So verbat DDR-Führung nicht nur die Reisen nach Westen sondern auch nach in den Osten, was eine vollständige Isolierung brachte. Am Ende wurden Demonstrationen immer größer und lauter bis am 9. November 1989 die Mauer fiel und es am 3. Oktober 1990 zur Vereinigung der deutschen Staaten kam.